

Corona-Schulden

"Eine Vermögenssteuer könnte helfen"

Ruiniert Corona die Staatsfinanzen? Nein, sagt der Ökonomen Tom Krebs. Ein Gespräch über Schulden, eine Vermögenssteuer und die Chancen, die in der Krise liegen

Interview: **Katharina Schuler**

4. Dezember 2020, 17:07 Uhr / [528 Kommentare](#) / 



Geschlossene Restaurants und Geschäfte in Rudesheim: Die Corona-Hilfen treiben die Staatsverschuldung in die Höhe. © Arne Dedert/dpa

Tom Krebs ist Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim.

ZEIT ONLINE: 217 Milliarden Euro beträgt die Neuverschuldung in diesem Jahr, das ist fünfmal so hoch wie die bisher höchste Neuverschuldung aus dem Jahr 2010. Nächstes Jahr kommen weitere 180 Milliarden Euro oben drauf [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-11/bundeshaushalt-neuverschuldung-2021-corona-krise>]: Wird Ihnen auch manchmal ein bisschen schummrig, wenn Sie solche Zahlen hören?

Tom Krebs: Solche nominalen Zahlen muss man immer im Verhältnis sehen zur Wirtschaftsleistung. Die Schuldenquote – also das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt – wird von 60 Prozent vor der Corona-Krise ansteigen auf gut 70 Prozent in 2021. Das ist deutlich weniger als die 80 Prozent, die wir nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 hatten. So gesehen bin ich eigentlich ganz guter Dinge. Hinzu kommt, dass die Zinsen

für die Staatsanleihen derzeit sehr niedrig, sogar negativ sind. Das heißt, die internationalen Finanzinvestoren bezahlen noch dafür, dass sie ihr Geld an den deutschen Staat verleihen dürfen.

ZEIT ONLINE: Angela Merkel und die Ministerpräsidenten haben allerdings schon angekündigt, dass die Hilfen für Unternehmen im kommenden Jahr weniger üppig ausfallen werden [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-12/corona-auflagen-werden-bis-zum-10-januar-verlaengert>]. Heißt das nicht: Irgendwann muss auch mal Schluss sein mit immer neuen Schulden?

Krebs: Die Schulden sind nicht per se das Problem, entscheidend ist, dass die Finanzhilfen zielgenau sind. Das Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen waren sicherlich richtig, um den Beschäftigten und eigentlich gesunden Unternehmen zu helfen, die Krise zu überstehen. Die zuletzt beschlossenen November- und Dezemberhilfen, bei denen Unternehmen, die von dem aktuellen Lockdown betroffen sind, 75 Prozent ihres Vorjahresumsatzes ersetzt wird, haben mit bis zu 30 Milliarden Euro ein ziemlich großes Volumen und sind weniger zielgenau. Trotzdem sollten auch solche Hilfen bei einer Fortsetzung des Lockdowns verlängert werden, aber sie sollten zielgenauer konstruiert werden, damit sich unerwünschte Mitnahmeeffekte in Grenzen halten.

Das Beste aus Z+

Corona-Pandemie in Monaco

Der Seuche entrückt

[<https://www.zeit.de/2020/49/corona-pandemie-monaco-privatjets-reichtum>]

ZEIT ONLINE: In den vergangenen Jahren hatte man sich sehr daran gewöhnt, dass es immer hieß: Solides Wirtschaften ist wichtig, hemmungsloses Schuldenmachen ist falsch. Jetzt hat man manchmal den Eindruck, Schulden machen sei gar kein Problem mehr. Wie sehen Sie das?

Krebs: Die erste Frage ist immer: Ist der deutsche Staat in der Lage, Schulden zu günstigen Konditionen aufzunehmen? Das kann man sicherlich bejahen. Die zweite Frage muss dann sein: Wird dadurch zusätzliches Wachstum geschaffen? Wenn das der Fall ist, schaffen die Kredite zusätzliche Steuereinnahmen in der Zukunft und können die Schuldenquote sogar drücken. Generell ist Schuldenmachen sinnvoll in der Krise, wenn der Staat die wegbrechende private Nachfrage kompensiert und so den wirtschaftlichen Absturz verhindert. Oder wenn es darum geht, öffentliche Aufgaben zu finanzieren, die langfristiges Wachstum generieren.

ZEIT ONLINE: Bleibt es dennoch richtig, die Staatsverschuldung zu begrenzen?

Krebs: Eine extrem hohe Verschuldung bleibt natürlich ein Problem, das trifft im Moment aber eher auf andere europäische Staaten als Deutschland zu. Frankreich beispielsweise wird in 2021 eine Verschuldung von knapp 120 Prozent des BIP erreichen, und Italien von über 150 Prozent. Wenn alle Staaten im Euroraum sich weiter verschulden, muss die Geldpolitik expansiv bleiben, um das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte dauerhaft zu gewährleisten. Das kann dann auch unerwünschte Nebenwirkungen haben, weil das billige Geld zum Beispiel den Immobilienboom befeuert. Von dem profitieren aber nur die Wohnungsbesitzer und nicht die Mieter. Zudem lassen die niedrigen Zinsen Aktienkurse steigen, was wiederum tendenziell eher den Vermögenden hilft. Die staatliche Verschuldung hat also Auswirkungen darauf, wie der Reichtum in einer Gesellschaft verteilt wird.

ZEIT ONLINE: Das heißt, wir sollten schon versuchen, auf Dauer die Verschuldungskriterien der EU und auch die Schuldenbremse, wie sie im Grundgesetz verankert ist, einzuhalten?

Krebs: In einer Währungsunion gibt es natürlich die Tendenz, dass der Staat, der sich am meisten verschuldet – in dem Fall Italien – die Geldpolitik indirekt bestimmt. Deswegen ist es sinnvoll, dass man eine europäische Fiskalregelung hat, die alle Staaten dann in ihren Verfassungen festschreiben. Die Schuldenobergrenze muss aber nicht mehr bei 60 Prozent des BIP liegen, weil das Zinsumfeld jetzt ja ein ganz anderes ist als vor 30 Jahren, als das festgelegt wurde. Die deutsche Schuldenbremse geht zudem über die europäischen Vorgaben hinaus. Das halte ich nicht für notwendig.

ZEIT ONLINE: Von konservativer Seite wird oft betont, nur weil Deutschland in den vergangenen Jahren so gut gewirtschaftet habe – Stichwort schwarze Null –, können wir uns jetzt überhaupt leisten, so viel Geld auszugeben. Ist da nicht was dran?

Krebs: Ich halte es für richtig, dass mittel- und langfristig der Haushalt einigermaßen ausgeglichen ist, aber mit einem gewissen Defizit, das ja selbst die deutsche Schuldenregel zulässt – nämlich 0,35 Prozent des BIP. Die schwarze Null braucht niemand. Hätten wir in den vergangenen Jahren Schulden im Rahmen der Schuldenbremse aufgenommen, hätte das auf die Schuldenquote kaum einen Einfluss gehabt, die wäre trotzdem von 80 Prozent nach der Finanzkrise auf 60 Prozent kurz vor der Corona-Krise gesunken, weil dieser Rückgang in erster Linie durch Wachstum und das niedrige Zinsumfeld erreicht wurde. Aber natürlich: Hätte man jedes Jahr drei Prozent Defizit gemacht und das Geld hauptsächlich für nicht-produktive Ausgaben verwendet, wäre es jetzt schon schwieriger, so umfangreiche Hilfen zu finanzieren.

ZEIT ONLINE: In den kommenden Jahren stehen allerdings weitere wichtige Aufgaben an, zum Beispiel der Klimaschutz, für die der Staat auch viel Geld in die Hand nehmen müssen. Schränken die Corona-Schulden hier die Möglichkeit ein, zu investieren oder können wir uns das auch alles noch leisten?

Krebs: Das stimmt. Die Wirtschaft muss ökologisch nachhaltiger werden, die Gesellschaft aber auch sozial gerechter. Das arbeitgebernahe I [https://www.dgb.de/themen/++co++c41bac44-09d5-11ea-97b8-52540088cada]nstitut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) [https://www.dgb.de/themen/++co++c41bac44-09d5-11ea-97b8-52540088cada], das der Gewerkschaftsseite zuzurechnen ist, haben ja vor einem Jahr den Finanzbedarf für Investitionen in die Infrastruktur aber zum Beispiel auch in Bildung gemeinsam auf 450 Milliarden für die kommenden zehn Jahre beziffert. Für den Bund wäre das aber wohl kein großes Problem, denn ihn träfe davon nur ein Drittel der Ausgaben. Und der Großteil davon ist durch das Klimapaket und das Corona-Konjunkturpaket bereits finanziert. Ein größeres Problem gibt es bei den Ländern und Kommunen.

ZEIT ONLINE: Was heißt das?

Krebs: Wenn wir wollen, dass die Investitionsforderungen wirklich erfüllt werden und dafür nicht etwa bei der Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene gekürzt wird, dann brauchen wir mittelfristig zusätzliche Einnahmen für die Länder und Kommunen. Eine Vermögenssteuer könnte helfen, diese Finanzierungslücke zu schließen, denn diese Steuer kommt den Ländern zugute. Sie würde ja auch diejenigen belasten, die besonders von den öffentlichen Investitionen in eine ökologisch nachhaltige Infrastruktur profitieren, nämlich die erfolgreich arbeitenden Unternehmen und deren Eigentümer. Natürlich könnte man auch über andere Steuern nachdenken, aber der Faktor Arbeit ist bereits recht hoch besteuert, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, ist nicht unsozial ausgewogen, dann bleibt eigentlich nur eine höhere Besteuerung des Kapitals.

"Die Krise ist auch eine Chance"

ZEIT ONLINE: Die SPD hat einen Corona-Solidaritätszuschlag [https://www.zeit.de/2020/50/corona-hilfen-staat-schulden-kostenrettungsprogramm] vorgeschlagen, was ist damit?

Krebs: Ich würde das nicht mit der Corona-Krise verbinden. Ich sehe nicht, dass wir wegen dieser Krise und der hohen Schulden Steuern erhöhen müssen. Wenn wir mittelfristig für den angesprochenen Umbau der Gesellschaft

zusätzlichen Finanzbedarf haben, ist eine jährliche Vermögenssteuer die bessere Lösung als eine einmalige Abgabe.

ZEIT ONLINE: Die Union will stattdessen die Steuern für Unternehmen weiter senken. Was halten Sie davon?

Krebs: Meine Frage wäre, wie sie all ihre Pläne finanzieren wollen. Steuersenkungen kosten Geld, und wenn die Union nicht weiter Schulden aufnehmen will und auch keine anderen Steuern erhöhen will, dann muss sie sagen, wo sie sparen will, um die Steuersenkungen zu finanzieren. Hinzu kommt: Ob Senkungen der Unternehmenssteuer langfristiges Wirtschaftswachstum bringen, ist wissenschaftlich umstritten. Es würde einen Effekt geben, aber der wäre meines Erachtens eher klein. Deswegen plädiere ich für Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur und in das Bildungswesen. Die Höhe der Unternehmensbesteuerung ist derzeit wirklich nicht das größte Problem in Deutschland.

ZEIT ONLINE: Sie haben es schon gesagt: Man könnte ja auch sparen. Erwarten Sie, dass wir im kommenden Jahr eine harte Spardebatte bekommen?

Krebs: Das könnte sein, aber das hielte ich nicht für vernünftig. Wir müssen zuerst abwarten, wo wir Anfang 2021 stehen. Es kann sein, dass wir ein zusätzliches Konjunkturpaket brauchen, das sollte dann zugleich auch ein Transformationspaket sein. Es macht nicht viel Sinn, der Wirtschaft noch einen Anschlag zu geben, aber nicht die Richtung zu bestimmen. Wenn die Wirtschaft dann wieder brummt, sollten wir keine Schwarze-Null-Debatte führen, sondern mindestens den finanziellen Spielraum, den uns die Schuldenbremse gibt, auch nutzen.

ZEIT ONLINE: Wie beurteilen Sie die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise insgesamt: Werden daran noch unsere Kinder und Kindeskinde zu tragen haben?

Krebs: Wenn wir die richtigen wirtschaftspolitischen Weichen stellen, dann kann daraus sogar Positives entstehen. Die Krise ist auch eine Chance. Das Klimapakete, das noch vor der Corona-Krise beschlossen wurde, fiel beispielsweise noch recht klein aus. Im Konjunkturpakete standen dann 50 bis 60 Milliarden Euro für Investitionen, die größtenteils dem Klimaschutz nutzen. Nehmen sie die Automobilbranche: Dort wird der ohnehin notwendige Transformationsprozess durch die beschlossenen Maßnahmen beschleunigt. Dass es keine Abwrackprämie gab, war dabei ein wichtiges Signal. Bei den Managern ist jetzt angekommen, dass sie wirklich nicht so weitermachen können wie bisher.